



Steigende Baupreise: Wohnungswirtschaft fordert Wohnkostenfolgeabschätzung für staatliche Vorgaben

20.01.2017 Pressemeldung

Bauen in Berlin und dem Land Brandenburg wird immer teurer. Der Auftrieb bei den Baupreisen hat sich zudem 2016 weiter beschleunigt: In Berlin stiegen die Baupreise (+2,5 %) fünfmal schneller, im Land Brandenburg (+2,8 %) sogar neunmal schneller als die allgemeine Inflation. Das geht aus Zahlen hervor, die das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg am 18. Januar 2018 veröffentlichte. Der BBU ist besorgt.

Vor allem zwei Faktoren macht der Verband für diese Entwicklung verantwortlich: Die stark steigende Nachfrage nach Bauleistungen und immer höhere Baustandards. Die Wohnungswirtschaft Berlin-Brandenburg fordert hier ein Gegensteuern.

„Folgen für die Wohnkosten“?

BBU-Vorstand Maren Kern: „Höhere Baukosten bedeuten höhere Neubaumieten. Angesichts der hohen Nachfrage nach Bauleistungen kann gegen die Marktkräfte nur wenig ausgerichtet werden. Umso wichtiger ist deshalb Augenmaß bei der Gestaltung der Baustandards. Wir fordern deshalb eine verpflichtende Bau- und Wohnkostenfolgeabschätzung für gesetzliche Vorgaben. So würde von Anfang an transparent, welche Folgen staatliche Vorschriften für die Mieterinnen und Mieter hätten.“

Bereits heute sei es bei der Vorlage von Gesetzesentwürfen eingeführte Praxis, z. B. auf die „Auswirkungen auf Bürger, Wirtschaft und Verwaltung“, „Kosten der öffentlichen Haushalte“ oder „Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter“ zu prüfen. Kern: „Wieso also nicht einen weiteren Passus zu den Folgen für die Wohnkosten aufnehmen? Angesichts der enormen Bedeutung dieses Themas wäre das ein sehr sinnvoller Schritt.“

Angaben des Statistikamtes

Nach Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg sind die „Preise für den Neubau von Wohngebäuden“ im Durchschnitt des Jahres 2016 gegenüber 2015 im Land Brandenburg um 2,8 Prozent (Vorjahr: 2,3 %) und in Berlin um 2,5 Prozent (Vorjahr: 1,6 %) gestiegen. Die allgemeine Preissteigerungsrate lag 2016 im Land Brandenburg bei 0,3 Prozent und in Berlin bei 0,5 Prozent.